



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Braun, Friedrich Edlen von: Wege des Wiederaufbaus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wege des Wiederaufbaus

Von Friedrich Erlen von Braun, Präsidenten des Reichswirtschaftsrates, M. d. R.



Als ich im Frühjahr 1918 vorübergehend im Westen an der Front war, hat es mir einen besonders tiefen Eindruck gemacht, wie ich in einem französischen Dorfe, das in wenigen Tagen beim Rückzug auf die Siegfriedstellung zerstört werden sollte, einen alten Mann eifrig in seinem Obstgarten arbeiten sah, als ob tiefster Frieden sei, und er im Herbst die Früchte seines Fleißes ernten könnte.

Diesem ahnungslosen Greise gleicht das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen Verfassung. In stumpfer Ergebenheit geht es seinen täglichen Geschäften nach, freilich nicht mit der Arbeitsfreude und dem Pflichtbewußtsein wie vor dem Kriege, und scheint gar nicht zu fühlen, daß das nur eine zwecklose Zeitausfüllung bis zum Hereinbrechen des Verhängnisses ist, das uns droht. Und nicht nur das Volk handelt so, sondern auch seine Vertreter im Reichstag und in der Regierung, die sich doch über die Lage im Klaren sein müßten.

Wollen wir aber wieder aufbauen, was ein neidisches Geschick uns zerstörte und aus den harten Schlägen des Unglückes die Wurzeln unserer Kraft zu neuer Blüte stärken, so müssen alle Kreise des Volkes aus dieser bleiernen Stumpfheit aufgerüttelt werden. Erst wenn man sich die Lage mit unerbittlicher Offenheit klarzumachen sucht und den drohenden Gefahren mutig ins Auge blickt, ist die erste Voraussetzung zur Stählung von Willen und Kraft, zur Bewältigung aller Widerstände und Schwierigkeiten gegeben.

Nicht um zu entmutigen also, sondern um aufzurichten in dem trotzigen Mut, auch das Schwerste zu überwinden, will ich ein Bild unserer wirtschaftlichen Lage entrollen, das fast nur aus tiefen Schlagschatten besteht, will ich alles zusammentragen, was der verlorene Krieg, die Revolution und der Friede von Versailles über das deutsche Volk gebracht haben.

Der Reichsfinanzminister Wirth hat vor einigen Wochen wieder einmal eine Darstellung der finanziellen Lage des Reiches gegeben.

Die Zahlen, die er bringt, sind so erschütternd, daß fast jede Hoffnung schwindet, noch einen Ausweg aus diesem Zusammenbruch zu finden. Sie sind aber, was noch schlimmer ist, immer noch unklar und unverständlich, so daß man sich kein sicheres Bild über den Schuldenstand Deutschlands machen kann.

In der für die Verhandlungen von Spa ausgearbeiteten Denkschrift über „Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ wird der Schuldenstand des Reiches für den Stichtag 31. März 1920 mit 92 Milliarden fundierter und 105 Milliarden schwebender Schulden, darunter 13,5 Milliarden Verpflichtungen und Zahlungsverprechen, zusammen also mit 197 Milliarden angegeben. In einer etwa vor drei Monaten vom Reichsfinanzminister gegebenen Darstellung wurde die Höhe der schwebenden Schulden auf 124 Milliarden beziffert und am 27. Oktober erfahren wir, daß die schwebende Schuld 171,8 Milliarden beträgt, daß dazu aber noch die Eisenbahnschuld in der Höhe von 25 Milliarden tritt, und daß bis zum Jahresende mit einer weiteren Zunahme der Schuld um 40 Milliarden zu rechnen ist, so daß die schwebende Schuld am Ende des Jahres ca. 240 Milliarden

betragen wird, also um 116 Milliarden mehr, als vor 3 Monaten angegeben wurde, und um 135 Milliarden mehr, als am 31. März 1920, wo man doch annehmen konnte, daß eine genaue Inventarisierung vorgenommen worden ist.

Dabei sind noch nicht berücksichtigt die Entschädigungen an Reichsangehörige aus Anlaß des Friedensvertrages (Handelsflotte, Entschädigungen, Kriegsgerät und Kriegsschäden), die, mit 131 Milliarden veranschlagt, gleichfalls als schwebende Schuld in Betracht kommen, so daß die Gesamtschulden des Reiches nach den jetzigen Mitteilungen um die Jahreswende die Summe von über 460 Milliarden ausmachen werden.

Aber man muß sich nach den wechselnden Angaben des Finanzministers besorgt fragen, ist das nun auch wirklich alles, oder werden wir nach 2 Monaten wieder andere um viele Milliarden gesteigerte Summen erfahren? Beruht das ganze Verfahren auf Mangel an Übersicht oder auf der Neigung, dem Hund den Schwanz stückweise abzuhaueu?

Die Mehrzahl unserer Mitbürger ist allerdings für solche Zahlen vollkommen abgestumpft. Man schüttelt wohl den Kopf, aber eine rechte Vorstellung davon, was die Zahlen bedeuten, machen sich die wenigsten. Einen Begriff bekommt man, wenn man ausrechnet, daß zur Tilgung dieser Schulden jeder Deutsche bis zum Säugling herunter rund 7700 *M* zahlen müßte und daß unser ganzes Volksvermögen vor dem Krieg auf 220 Milliarden Mark — allerdings Goldwert — geschätzt worden ist.

Dazu kommen die Zahlen des Haushaltsplanes für das laufende Jahr, die den Beweis erbringen, daß gar keine Möglichkeit besteht, der rapid fortschreitenden Überschuldung Einhalt zu tun. Vor 3 Monate hatte der Finanzminister erklärt, daß der Bedarf des ordentlichen Etats 28 Milliarden Mark betrage und durch die Einnahmen Deckung finde, während für den Bedarf des außerordentlichen Etats von 25 bis 28 Milliarden Mark keine Deckung vorhanden sei. Nach den Erklärungen des Finanzministers vom 27. Oktober berechnet sich der Bedarf des ordentlichen Etats aber auf 39,9 Milliarden, der des außerordentlichen auf 11,2, dazu kommen der Fehlbetrag des Verkehrsetats von 18 Milliarden und die aus der Okkupation und sonstigen Bestimmungen des Friedensvertrages herrührenden Auslagen von 41 Milliarden, so daß sich ein Gesamtbedarf von 110 Milliarden ergibt, von dem — auf dem Papier — nur etwa 40 Milliarden gedeckt sind. Man muß also, wie der Reichsfinanzminister ja selbst erwähnte, bis zum Schluß des Rechnungsjahres mit einem erheblichen weiteren Anwachsen der ungedeckten Schulden rechnen.

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die sich entwickelnden Zustände gibt der Ausweis der Reichsbank über die letzte Septemberwoche. Danach mußten in dieser einen Woche 2,735 Milliarden Mark neuer Zahlungsmittel ausgegeben und 8 Milliarden Mark Schakanweisungen als Deckung angenommen werden. Noch niemals ist der Papiergeldumlauf in einer Woche so erhöht worden, und wenn sich auch die Ansprüche in dieser Woche wegen des Ultimotermis besonders zu steigern pflegen, ist die Tatsache doch ein Beweis, daß die Papiergeldwirtschaft zur Katastrophe treibt.

Ich habe schon bei anderer Gelegenheit (Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, Grenzboten 79. Jahrgang Nr. 36 S. 263) darauf hingewiesen, daß noch schlimmer

als diese Geldnot des Reiches die Lage der deutschen Volkswirtschaft in ihren Beziehungen zum Ausland ist.

Neuerdings geben Zusammenstellungen, die für die Finanzkonferenz in Brüssel gemacht worden sind, ein erschreckendes Bild über die ständige Abnahme unseres Volksvermögens gegenüber dem Ausland.

Danach betrug die Warenausfuhr aus Deutschland von Anfang Januar 1919 bis Ende April 1920 27,1 Milliarden Mark, die Einfuhr dagegen 55,3 Milliarden Mark. Dabei sind die Einfuhrwerte des Jahres 1920 im wesentlichen nur zu den Werten des Jahres 1919, also viel zu niedrig berechnet, und in den Ausfuhrziffern sind Werte enthalten für Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages, die der Zahlungsbilanz nicht zugute kommen. Die Denkschrift schätzt hiernach den Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr seit Ausbruch des Krieges bis Ende August 1920 auf etwa 70 Milliarden Mark.

Es bestehen aber erhebliche Zweifel, ob diese Zahlen richtig sind, da die in der amtlichen Statistik angegebenen und auch die der Schätzung zugrunde gelegten Einfuhrwerte offenbar viel zu niedrig angenommen sind.

Eine Untersuchung, die von Dr. Henry Behnsen und Dr. Werner Genzmer vorgenommen worden ist, kommt zu dem Ergebnis, daß der Passivsaldo der deutschen Handelsbilanz 1919 37,5 Milliarden Mark und der Passivsaldo der Handelsbilanz vom Januar bis März 1920 25,5 Milliarden beträgt, daß also allein in den 15 Monaten vom Januar 1919 bis März 1920 für rund 63 Milliarden mehr eingeführt als ausgeführt worden ist.

Aber selbst wenn sich in den letzten Monaten die Einfuhrzahlen wesentlich gemindert haben, ist das kein Beweis für die Besserung der Lage. Denn da die Einfuhr von Lebensmitteln nicht eingeschränkt werden konnte, zeigt das nur, daß die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie zurückgegangen ist, daß also die Rohstoffnot weiter steigen und zu einer schärferen Einschränkung der industriellen Erzeugung und damit der Ausfuhr führen muß. Es kommt aber weiter hinzu, daß eine Einschränkung der Lebensmitteleinfuhr auch im laufenden Erntejahr nicht eintreten kann, daß sie im Gegenteil sich erhöhen wird. Die Ernte in Brotgetreide ist ungünstig ausgefallen und die Erfassung gelingt immer weniger. Die Reichsgetreidestelle rechnet nach den bisherigen Ergebnissen damit, daß sie aus der inländischen Erzeugung nicht viel mehr als 1 Milliarde Tonnen erfassen wird, während der Bedarf nahe an 4 Milliarden Tonnen ist. Wir müßten also rund 3 Milliarden Tonnen einführen, was nach den jetzigen Weltmarktpreisen allein für Brotgetreide gegen 24 Milliarden Mark ausmacht.

Aber damit sind die Bedürfnisse der Lebensmitteleinfuhr noch lange nicht gedeckt. Wir werden auch in diesem Erntejahr Fett, Fleisch, Fische, besonders Heringe, kondensierte Milch und Futtermittel einführen müssen, um die Ernährungswirtschaft aufrechterhalten zu können, und der Ernährungsminister berechnet seinen Bedarf an Zahlungsmitteln für die Einfuhr, wie ich höre, auf monatlich 4 Milliarden, also rund 50 Milliarden für das Jahr.

Berücksichtigt man weiter, daß wir im großen Umfang Rohstoffe einführen müssen, um unsere Industrie nicht zum Erliegen zu bringen, vor allem Baumwolle, Wolle, Erze u. a., und daß der Wert der Rohstoffeinfuhr im Jahre 1913 über 5 Milliarden Goldmark ausmachte, heute also selbst ohne Berücksichtigung

der gestiegenen Weltmarktpreise rund 50 Milliarden betragen würde, so kommt man auf einen Gesamteinfuhrbedarf von mindestens 100 Milliarden, dem nach den bisherigen Ergebnissen nur eine Ausfuhr von 20 Milliarden im Jahr gegenüberstehen würde. Das bedeutet eine Zunahme unserer Verschuldung gegenüber dem Ausland um 80 Milliarden in einem Jahr.

In dieser trostlosen wirtschaftlichen Lage tritt die Arbeiterschaft mit dem Verlangen nach Sozialisierung auf den Plan und die Regierung scheint nach dem kürzlichen Kabinettsbeschuß, durch den der Wirtschaftsminister beauftragt wurde, sofort einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen, bereit, der Forderung wenigstens auf diesem Gebiet zu entsprechen.

Das Verlangen der Arbeiterschaft wird damit begründet, daß

1. durch die Revolution eine Machtverschiebung zwischen den Berufsständen eingetreten sei, die es notwendig mache, der Arbeiterschaft Einfluß und Anteil am Produktionsprozeß zu gewähren, daß
2. die tiefe Enttäuschung der Arbeiterschaft über das bisherige geringe Ergebnis der Revolution beseitigt werden müsse, und daß
3. der Arbeitswille und die Arbeitsfreudigkeit der werktätigen Bevölkerung nur durch dieses Entgegenkommen wiederhergestellt werden könne.

Man muß zu diesen Gründen Stellung nehmen. Die behauptete Machtverschiebung ist tatsächlich eingetreten und die Lage gebietet, sich danach einzurichten. Denn es hat keinen Sinn, sich gegen unabänderliche Tatsachen zu stemmen. Es ist auch durchaus falsch, anzunehmen, daß die konservative Weltanschauung verlange, sich solchen Notwendigkeiten zu verschließen. Konservative Gesinnung besteht nicht darin, eigensinnig an Überlebtem festzuhalten, sondern den engen Zusammenhang neuer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen mit der Vergangenheit aufrechtzuerhalten und sie organisch daraus zu entwickeln, statt in kindischer Neuerungssucht alles historisch Gewachsene kleinschlagen und etwas völlig Neues, aus abstrakten Theorien Konstruiertes an seine Stelle setzen zu wollen.

Daß die Machtverschiebung eingetreten ist, ist letzten Endes eine Folgeerscheinung des Krieges und der Revolution. Aber wer die soziale Entwicklung unseres Volkes vor dem Kriege nicht in starrem Doktrinarismus oder mit blinden Vorurteilen verfolgte, sondern offenen Auges als Teil der Entwicklungsgeschichte der letzten Jahrhunderte, der mußte sich darüber klar sein, daß die Zeit der Emanzipation des vierten Standes nicht mehr fern sei und sich ebensowenig werde aufhalten lassen, als jene des Bauernstandes vor 100 Jahren.

Wenn wir unser Volk wieder zu einem geschlossenen Körper verschmelzen und so wieder zu Ansehen und Blüte bringen wollen, heißt es also die Konsequenzen aus dieser geschichtlichen Entwicklung zu ziehen und dem Arbeiterstand eine Stellung einzuräumen, in der er sich im Rahmen des eigenen Volkes wieder wohl fühlt und von dem Wahngebilde der roten Internationale loskommt. Geschieht das, erkennt die Arbeiterschaft, daß Staat und Gesellschaft ehrlich entschlossen sind, ihren berechtigten Ansprüchen Geltung zu verschaffen, dann wird sich auch die Enttäuschung der Arbeiterschaft über das Ergebnis der Revolution zum Teil legen. Ein Rest von Enttäuschung wird freilich immer bleiben, denn die Träume, mit denen die Führer in Sturm und Drang einer Revolution die

Massen begeistern, sind nie zu verwirklichen, sondern verblaffen immer im harten Licht der Tatsachen. Aber es wäre ein furchtbares Geschick für unser ganzes Volk, wenn die entsetzlichen Opfer, die uns die Revolution gekostet hat, nicht die Geburtswehen des Aufstiegs zu einer höheren Gesellschaftsform, sondern nur häßliche Begleiterscheinungen eines Lohn- und Klassenkampfes bleiben würden.

Es liegt also nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern es ist eine Lebensnotwendigkeit für unser ganzes Volk, daß ein der vollzogenen Entwicklung entsprechendes Gleichgewicht der Berufsstände hergestellt und die Arbeitsfreudigkeit des vierten Standes und der Wille zur Erfüllung seiner vaterländischen und wirtschaftlichen Pflichten wachgerufen werden.

Das scheint mir die einzige Betrachtungsweise zu sein, die vom Standpunkt praktischer Politik berechtigt, vom Standpunkt der Lebensbejahung zulässig ist. Man mag die Entwicklung bedauern und vergangenen Zeiten nachtrauern, die unserer Auffassung nach bessere und aussichtsvollere gewesen sind. Aber damit dreht man das Rad der Geschichte nicht zurück.

Was verlangt nun die neue Lage von uns? Die Sozialdemokratie sagt: Sozialisierung. Das ist menschlich begreiflich, weil das das Zeichen ist, unter dem sie gesiegt hat, die Lehre, die sie seit 50 Jahren mit bewundernswerter Zähigkeit vertreten und womit sie ihre stets wachsende Anhängerschaft begeistert hat.

Diese Entwicklung hat jedenfalls bewiesen, daß die Forderung ein ausgezeichnetes Agitationsmittel gewesen ist. Es muß aber erst untersucht werden, ob diese rein auf theoretischen Spekulationen aufgebaute Lehre sich überhaupt verwirklichen läßt, und wenn, ob sie sich gegenwärtig verwirklichen läßt. Wenn ich sage, die Lehre sei rein auf theoretischen Spekulationen aufgebaut, so fälle ich damit kein leichtfertiges Urteil. Denn es wird niemand leugnen können, daß alle Versuche, die Marxistische Lehre in die Wirklichkeit umzusetzen, bisher gescheitert sind. Und die Zahl solcher Versuche ist groß, ich will den letzten Versuch, der in Rußland jetzt in einem entsetzlichen Zusammenbruch zu enden scheint, gar nicht mit heranziehen, weil er noch nicht abgeschlossen ist und uns zeitlich zu nahe steht, als daß man abschließend darüber urteilen könnte.

Aber auch wenn man einwenden wollte, daß alle früheren Versuche mit unzureichenden Mitteln und auf zu engen Gebieten unternommen worden seien, und deshalb als Beweis für die Undurchführbarkeit der Lehre nicht dienen könnten, wird das Urteil nicht anders ausfallen können für den, der nicht voreingenommen die Frage prüft. Denn die ganze Lehre geht in ihrer Konstruktion von Menschen aus, die es nicht gibt, von Wesen, die ohne Zwang und ohne Lockmittel ihre Pflichten erfüllen, die frei von Eigennutz und frei von Hunger nach Macht und Reichtum das Höchstmaß von geistiger und körperlicher Arbeitsleistung in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Wie weit wir von diesem Zustand der Vollkommenheit entfernt sind, zeigt uns mit furchtbarer Deutlichkeit die gegenwärtige Zeit, und wenn wir auch hoffen dürfen, daß nach Berebben der Sturmwellen von Krieg und Revolution unser Volk wieder zu der Ordnung und Arbeitsamkeit zurückfindet, die in den letzten Jahrzehnten die Wurzeln unserer wirtschaftlichen Blüte waren, — ohne Zucker und Peitsche wird es auch dann nicht leben können.

Nein, wer sich ehrlich in diese Lehre vertieft und in ihre Konstruktion nicht Idealwesen, sondern Menschen von Fleisch und Blut hineinzuversetzen versucht, muß sich von ihrer praktischen Undurchführbarkeit überzeugen. Das ist auch der Grund, warum man in Deutschland nicht den wahnsinnigen Versuch gemacht hat, sie im November 1918 durchzuführen, wo doch die Sozialdemokratie alle Macht in Händen hatte.

Die geistigen Führer der Partei fühlten eben, daß das Experiment zu einem furchtbaren Zusammenbruch führen würde, der sie selbst unter den Trümmern begraben hätte. Deshalb hören wir auch aus dem Munde Kautskys und anderer Intellektuellen die besorgten Mahnungen, man könne die Sozialisierung nicht in einer zusammengebrochenen, sondern nur in einer blühenden Volkswirtschaft durchführen. Wer spitzfindig sein wollte, könnte daraus schon das Eingeständnis der praktischen Undurchführbarkeit folgern. Denn wenn uns die Individualwirtschaft erst wieder zur Blüte bringen muß, wer wollte dann wünschen, diese erfolgreiche Wirtschaftsform mit einer anderen zu vertauschen?

Aber ich will mich dieser Spitzfindigkeit nicht schuldig machen, sondern anerkennen, daß es neben den wirtschaftlichen auch ethische Forderungen gibt, die ebenso Berücksichtigung verdienen, ja, selbst unter wirtschaftlichen Opfern durchgesetzt werden müssen. Und trotzdem habe ich die feste Überzeugung, daß die sozialistische Lehre undurchführbar ist, daß sie, selbst wenn von den übrigen Ständen alle Opfer gebracht würden, nicht zur Befriedigung des Arbeiterstandes, viel weniger noch zum Segen des Volksganzen führen würde.

Und ich halte es für eine ernste Pflicht, das offen und rückhaltlos auszusprechen, gerade wenn man an führender Stelle steht, auch auf die Gefahr hin, sich damit politisch unmöglich zu machen.

Wir müssen aus der Atmosphäre des Schlagwortes, in der wir leben, wieder zurück zur klaren Vernunft, aus dem Nebel der Phrase zur nüchternen Wirklichkeit.

Das einzige, was uns retten kann, ist rückhaltlose Ehrlichkeit ohne Furcht vor persönlichen Nachteilen oder Verunglimpfungen. Denn nur so ist es möglich uns wieder verstehen und wieder finden zu lernen.

Die Sozialdemokratie hat sich, um einen raschen Erfolg zu erzielen, nun zunächst auf die Forderung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus beschränkt, und die Regierung scheint geneigt, auf diese Forderung einzugehen. Begründet wird diese Stellungnahme damit, daß wir unsere Industrie und unser ganzes Wirtschaftsleben nur aufrechterhalten können, wenn die Kohlenförderung so gesteigert wird, daß das Spa-Abkommen ohne Abschnürung der eigenen Bedürfnisse erfüllt werden kann, und daß das nur zu erreichen ist, wenn die Kohlenbergarbeiter durch Erfüllung ihrer Forderung wieder arbeitswillig und arbeitsfreudig gemacht werden. Endlich damit, daß der Kohlenbergbau der Industriezweig sei, der am ehesten sozialisierungsfähig sei.

Man erkennt ohne weiteres, daß diese Beschränkung nur eine zeitliche, nicht eine grundsätzliche ist. Denn niemand wird annehmen, daß die Arbeiter der übrigen Industriezweige es sich auch nur auf eine kurze Spanne gefallen lassen werden, daß die Kohlenbergarbeiter allein solche Vorrechte genießen sollen, und von sozialdemokratischer Seite ist auch schon gesagt worden, wenn sie erst die Schlüssel-

industrien, Kohle, Elektrizität und Eisen, in der Hand hätten, sei ihnen um das übrige nicht bange.

Auch hier heißt es: „c'est le premier pas, qui coute“. Wenn erst einmal mit der Sozialisierung eines Industriezweiges begonnen wird, ist das Todesurteil der individualistischen Wirtschaft aber damit auch der deutschen Volkswirtschaft gesprochen.

Es ist also eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung, die hier getroffen wird. Nicht Sozialisierung des Kohlenbergbaus lautet die Frage, sondern Einführung der Sozialisierung überhaupt oder Beibehaltung der individualistischen Wirtschaft.

Aber selbst wenn man nur das Nächstliegende betrachtet und sich auf die Frage des Kohlenbergbaus beschränkt, kommt man zu Ergebnissen, die das Eingehen auf ein solches Experiment im gegenwärtigen Zeitpunkt fast als Selbstmord erscheinen lassen.

Ich habe eingangs versucht, ein ungeschminktes Bild der Lage unserer Volkswirtschaft zu geben und jedermann wird zugeben müssen, daß eine Rettung nur möglich ist, wenn eine Steigerung und Verbilligung der Produktion gelingt. Auch die Regierung hat ja sich in diesem Sinn festgelegt. Der Reichskanzler Fehrenbach hat in seiner Programmrede am 28. Juni verkündigt: „Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß Steigerung der Produktion sein“, und der Arbeitsminister Dr. Brauns erklärte am 5. August: „Art und Form der Sozialisierung wird sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln.“

Wir müßten daher doch vorher — nicht den Beweis erbracht sehen, das wäre zu viel verlangt, — aber überzeugt werden, daß durch die Sozialisierung sowohl für die Produktionssteigerung als für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes Vorteile zu erwarten sind. Ich glaube nicht, daß jemand den Mut hat, das als unmittelbare Folge der Umstellung zu behaupten, er würde zu bald als falscher Prophet entlarvt.

Ich will gar nicht einmal auf das Beispiel unserer Verkehrseinrichtungen eingehen, die aus den glänzendst eingerichteten und funktionierenden Staatsbetrieben mit hohen Überschüssen zu einem bankerotten Unternehmen mit Milliardenverlusten geworden sind, seit sie unter der Herrschaft der Arbeiter stehen. Denn man wird einwenden können, daß das noch keine sozialisierten Betriebe sind, weil den Arbeitern kein Anteil am Betriebsgewinn zugesichert ist, und daß die Betriebsergebnisse noch unter den Nachwirkungen von Krieg und Revolution stehen.

Aber wir haben die alte Erfahrung, daß jede nicht aus den Bedürfnissen des Betriebs heraus entwickelte Umstellung eines Wirtschaftskörpers zunächst zu einem Rückgang der Erzeugung und der Rente führt, während des Krieges in so vielen Beispielen bestätigt gefunden, daß es kaum begreiflich ist, wenn man in diesem Falle an dem gleichen Ergebnis zweifeln wollte. Und ebenso sicher werden die Arbeiter in einem sozialisierten Betrieb zunächst auf die Verbesserung der eigenen Lage, also auf Verminderung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne bedacht sein und erst in zweiter Linie auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit. Das soll kein Vorwurf sein, sondern nur die Feststellung der natürlichen Folge

der Änderung ihrer Stellung im Betriebe. Ob es gelingt, sie im Laufe der Jahre zu der wirtschaftlichen Einsicht zu erziehen, daß ihr eigenes Wohl vom Gedeihen des Betriebes abhängt, daß sie also im Interesse des Betriebes auch Opfer bringen und auf Verkürzungen der Arbeitszeit und gewünschte Lohn-erhöhungen verzichten müssen, ist eine andere Frage, die sich nur bejahen wird, wenn sie durch Schaden klug werden, ehe das Ganze zusammenbricht. Aber zunächst werden sie die neue Freiheit und Machtfülle genießen und unmittelbarer Vorteile teilhaftig werden wollen, wie wir das ja in den letzten zwei Jahren täglich erleben.

Wer nicht blind von Vorurteilen durchs Leben geht, kann gar nicht darüber im Zweifel sein, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaus für die ersten Jahre nicht zu einer Steigerung und Verbilligung, sondern zum Rückgang und zur Verteuerung der Produktion führen muß.

Und die Kompromißgeburt Kathenaus bringt uns in dem Zentralshyndikat des Reichskohlenrates eine neue Kriegsgesellschaft. Sie wird weder die Arbeitnehmer befriedigen, noch die Gefahren abwenden, die aus der Bureaufkratisierung der Erzeugung und der Wirtschaftlichkeit drohen. Es wird in der Begründung nicht einmal der Versuch gemacht, darzulegen, wie die Mißstände vermieden oder abgewendet werden sollen, die sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre bei allen Kriegsgesellschaften gezeigt haben.

Der Vorschlag bedeutet aber vor allem eine unmittelbare Schädigung der Steigerung der Produktion und der wirtschaftlichen Unterhaltung der Betriebe, die beim Kohlenbergbau so unendlich wichtig ist. Denn welcher Privatbetrieb wird sich zu kostspieligen Neuanlagen, zu ausreichenden Aufwendungen für die ordnungsmäßige Unterhaltung der Anlagen entschließen, wenn dauernd das Damoklesschwert der Enteignung über ihm schwebt? Und wie kann man in der gegenwärtigen, gärenden Zeit, die uns kaum einen Überblick über die Zustände und Bedürfnisse der nächsten Monate gestattet, eine Gesetzgebung rechtfertigen, deren Vollzug erst nach 30 Jahren beendet sein soll?

Ich halte demnach die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission für unannehmbar. Sie würden zu einer schweren, im gegenwärtigen Zeitpunkt unerträglichen Schädigung unserer Volkswirtschaft führen und die Arbeiterschaft nach vielleicht anfänglicher Befriedigung über den erzielten taktischen Erfolg aufs schwerste enttäuschen. Denn sie würden sicher nicht zu einer Hebung, sondern zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führen.

Die Frage liegt nahe, warum ich in diesem Zusammenhang so ausführlich auf die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus eingehe. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es sich tatsächlich nicht um die Sozialisierung auf diesem Sondergebiete handelt, sondern um die prinzipielle Entscheidung über die Sozialisierungsfrage überhaupt. Wer darüber noch Zweifel hatte, braucht nur die Äußerungen der Abgeordneten Wels und Schmidt auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Kassel zu lesen.

Aber ich gehe weiter. Die Frage, die jetzt zur Verhandlung steht — sie wird in den nächsten Tagen in einem besonderen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats behandelt werden —, ist entscheidend für die ganze wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Von ihrer Entscheidung hängt Wiederaufstieg oder endgültiger

Zusammenbruch unseres ganzen Wirtschaftslebens — nicht etwa nur des Kapitalismus — ab.

Der Präsident der Niederländischen Bank, Dr. Bissering, der auch auf der Finanzkonferenz in Brüssel die bedeutendste Rede hielt, hat in einer kürzlich veröffentlichten Broschüre „Internationale Wirtschafts- und Finanzprobleme“ auch das Memorandum veröffentlicht, das im Januar d. J. von einer großen Anzahl von Finanzfachverständigen und Politikern der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Englands, Frankreichs, Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und der Schweiz gleichlautend ihren Regierungen überreicht worden ist, und das die Voraussetzungen einer internationalen Hilfsaktion für die unter den Kriegsfolgen leidenden Länder untersucht. Darin wird als erste Vorbedingung für weitere Hilfe bezeichnet, daß „die Ausgaben der betreffenden Länder auf die Grenzen ihrer Steuerkraft reduziert werden.“

Und wer den gesunden Geschäftssinn der Länder, die uns allein helfen könnten, nämlich Amerikas und der europäischen Neutralen, nicht vollkommen falsch einschätzt, wird nicht annehmen, daß sie den Versuch machen wollen, in ein Faß ohne Boden einzuschöpfen. Wenn wir aber neben den Verkehrseinrichtungen — Eisenbahn und Post — auch noch den Kohlenbergbau verstaatlichen wollen — denn etwas anderes bedeutet trotz aller Verwahrungen und Bemäntelungen die Sozialisierung nicht —, dann schwindet jede Hoffnung, unseren Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dann wird das Restchen wirtschaftlichen Gewissens, das der Regierung und dem Reichstag noch innewohnt, zwischen der Forderung höherer Löhne und dem Schrei nach billiger Kohle erbarmungslos zerrieben werden. Denn darüber muß man sich aus der bisherigen Entwicklung doch klar geworden sein, daß wirtschaftliche Fragen von politischen Faktoren nicht gelöst werden können. Ein Unternehmen, das nicht den alsbaldigen Bankerott vor Augen sieht, wenn die Erzeugungskosten den Verkaufspreis übersteigen, sondern für jedes Defizit die große Tasche der Steuerzahler hinter sich weiß, wird in unserer Zeit finanzieller Demoralisation nicht wirtschaftlich arbeiten.

Man muß auf diese Zusammenhänge hinweisen, um auch den eingeschworenen, Anhängern der Sozialisierung klarzumachen, daß gegenwärtig jeder Versuch der Sozialisierung völligen finanziellen Zusammenbruch bedeutet, und daß damit auch alle Träume wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs der Arbeiterklasse begraben sind. Mag man später solche Experimente machen, wenn wir wirtschaftlich und kulturell wieder erstarkt sind. Ein gesunder Körper kann auch naturwidrige Kuren ertragen, für einen kranken bedeuten sie den Tod. Das den Arbeiterkreisen in völlig unpolitischer, leidenschaftsloser Weise verständlich zu machen, scheint mir eine der dringlichsten Aufgaben, aber auch gar nicht aussichtslos. Ist es doch von vielen geistigen Führern der Sozialdemokratie schon offen ausgesprochen worden. Besonders bezeichnend ist, was der preußische Minister Severing im Mai geäußert hat: „Wäre ich heute Wirtschaftsdiktator, würde ich es mir sehr überlegen, ob ich den Bergbau sozialisieren würde. Wie Post und Eisenbahn gezeigt haben, ist Sozialisierung nur möglich, wenn Rentabilität sichergestellt ist. Heute bedeutet Sozialisierung keine Erleichterung für unser Wirtschaftsleben, sondern unsere Volksgenossen müssen mit neuen Steuern belastet werden, um die Zuschüsse zu der Rentabilität der Betriebe zu

geben." Und in ähnlichem Sinne haben sich Dr. Bensch, Richard Calwer, Dr. August Müller, Bernstein, Kautsky und Wissell ausgesprochen. Es sind also keineswegs bloß die grundsätzlichen Gegner, sondern überzeugte Anhänger der Marxistischen Lehre, die von der Durchführung der Sozialisierung jetzt abraten.

Man darf also bei der Behandlung der Frage nicht in den Fehler verfallen, die Sozialdemokratie schadenfroh darüber zu verspotten, daß sich die Durchführung ihrer Forderungen als wirtschaftlich unmöglich zeigt. Es hat gegenwärtig keine Partei Anlaß, einer anderen ihre Mißerfolge vorzuhalten. Unser aller Maß ist voll, und wir sollten die schwierige Lage der Sozialdemokratie nicht parteipolitisch ausnutzen, sondern ihr goldene Brücken bauen, damit sie die Geister, die sie rief, wieder loswerden kann. Denn wir haben keine Hoffnung einer Wiedergesundung, wenn es nicht gelingt, den wirtschaftlichen Wahnsinn, von dem unser ganzes Volk befallen ist, zu heilen, und das wird nie durch Parteikämpfe oder durch Verhöhnung der Gegner, sondern nur durch Verständigung und Aufklärung erreicht werden.

Ich lehne deshalb auch jede parteipolitische Behandlung dieser Lebensfragen unseres Volkes ab und betrachte es als eine besonders günstige Fügung, daß ich im Sozialisierungsausschuß des Reichswirtschaftsrates Gelegenheit habe, mit Vertretern aller Parteien leidenschaftslos und rein verstandesmäßig das Problem zu untersuchen. Aber man muß sich dabei darüber klar sein, daß die ganze Unterhaltung nicht einfach mit einer Ablehnung der Sozialisierung enden kann. Das würde nach dem Verlauf, den die Sozialisierungsfrage seit November 1918 genommen hat, zu politischen Erschütterungen führen, die unser Wirtschaftsleben gleichfalls zum Erliegen bringen. Wir dürfen, wenn wir aus volkswirtschaftlicher Überzeugung die Sozialisierung gegenwärtig oder grundsätzlich ablehnen, der Arbeiterklasse gegenüber nicht mit leeren Händen kommen. Wir müssen ihr, wie ich das schon wiederholt an anderer Stelle aufgestellt habe, eine Stellung im Betriebe schaffen, in der sie sich nicht mehr als Ausbeutungsobjekt des Kapitalismus fühlt. Auch hier ist es notwendig, sich in die Seele und den Gedankenkreis des Arbeiters zu versetzen, um ihn zu verstehen.

Er ist durch die sozialistische Lehre und gewerkschaftliche Schulung darüber hinaus, daß er sich damit zufrieden gibt, täglich acht Stunden, gleichgültig was, zu arbeiten, nur um sein Leben zu fristen. Er hat begriffen, welche Bedeutung seine Arbeit für das wirtschaftliche Gedeihen des Betriebes hat und will daran Anteil haben. Man hat ihm das mit der Theorie des Mehrwertes beigebracht, die freilich wissenschaftlich völlig falsch ist und nur ein leicht einprägbares, bequemes Agitationsmittel darstellt.

Aber wer von dieser Gedankenreihe aus die Verhältnisse betrachtet, wird begreifen, daß es für den Arbeiter etwas Aufreizendes haben muß, wenn er, der vielleicht seit Jahren seine ganze Arbeitskraft einem Betrieb widmet, an der günstigen Entwicklung des Unternehmens keinen Anteil hat, während der Aktionär, der nichts dafür geleistet hat, als eine Aktie zu kaufen, der meist den Betrieb nie gesehen hat, von Jahr zu Jahr steigende Dividenden und sonstige Vorteile erhält.

Das ist ein Auswuchs des Kapitalismus, der in der Tat verbitternd wirken muß. Dem tüchtigen Unternehmer selbst, der durch Organisationstalent, Erfindungen und Betriebsverbesserungen seinen Betrieb zur Blüte bringt, der

selbst seine Arbeit und Tatkraft dem Werke widmet, werden die denkenden Arbeiter seinen Gewinn nicht mißgönnen. Denn sie wissen sehr wohl, daß die Werte nicht nur durch die mechanische Handarbeit geschaffen werden, sondern auch der Kopfarbeit des Leiters zu verdanken sind. Aber der unbegründete Verdienst des Kapitalisten, der nicht bloß den Zins für sein Kapital erhält, sondern Gewinne einstreicht, zu deren Erzielung er nichts beigetragen hat, ist das, wogegen die sozialistische Lehre mit einer gewissen Berechtigung ankämpft.

Der Gegensatz ist also im Grunde genommen Sozialismus gegen Kapitalismus, nicht Sozialismus gegen Individualwirtschaft.

Dem Arbeiter Anteil an diesem unpersönlichen Aktienbesitz zu verschaffen, sei es durch Bildung von Kleinaktien oder auf einem anderen Wege der Gewinnbeteiligung, ist ein durchaus richtiger sozialer Gedanke, der die Wirtschaftlichkeit weder für den Unternehmer noch für die Allgemeinheit schädigen wird, sondern zu einer Steigerung der Betriebsergebnisse führen muß.

Freilich wird der materielle Erfolg für den einzelnen Arbeiter nicht groß sein. Es ist ausgerechnet worden, daß bei einem großen Bergwerksunternehmen auf den einzelnen Arbeiter ein Gewinnanteil von 250 M im Jahre entfallen würde, wenn die ganze Dividende von über 10 Millionen Mark an die Arbeiter verteilt würde, also eine gegenüber den Lohnbezügen verschwindende Summe. Aber in ideeller Beziehung wird diese Beteiligung am Unternehmen günstige Wirkungen ausüben, weil sie das verbitternde Gefühl nimmt, nur für andere zu arbeiten und die Arbeiter an dem Gedeihen des Unternehmens direkt interessiert.

Eine solche Beteiligung des Arbeiters am Betriebskapital und Betriebsgewinn gibt auch erst dem Betriebsrätegedanken den richtigen Inhalt. Denn nur dann werden sich die Arbeiter im Betriebsrat sowohl für die Arbeiterinteressen als für jene des Betriebes verantwortlich fühlen und das volle Verständnis für die Bedürfnisse des Betriebes und den Ausgleich der Interessengegensätze bekommen.

Man wird mit Grund fragen, wie bei einer solchen Verschmelzung der Interessen der Arbeiter und des Betriebes der Staat und die Verbraucher zu ihrem Rechte kommen. Ich kann aber nicht annehmen, daß deren Stellung sich gegenüber dem bisherigen Zustande verschlechtert. Unter den bisherigen Verhältnissen bildete die Grenze für die Lohnhöhe die Möglichkeit des Absatzes der Erzeugnisse zu dem sich daraus ergebenden Preis, wobei neben dem Lohnaufwand und den Rohstoffpreisen die allgemeinen Betriebskosten und der Unternehmergewinn die maßgebenden Faktoren waren. Die Gewinnmöglichkeit für den Unternehmer gegenüber der Konkurrenz lag hauptsächlich im billigen Rohstoffeinkauf und in der Herabdrückung der allgemeinen Betriebskosten, da es infolge der Tarife große Unterschiede in der Lohnhöhe nicht mehr gab. In allen diesen Voraussetzungen ergibt sich aus der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn keine Erschwerung. Im Gegenteil ist zu hoffen, daß Lohnkämpfe seltener werden und sich leichter beilegen lassen, wenn die Arbeiter nicht nur durch vollen Einblick, sondern durch Beteiligung an den Betriebsergebnissen die Grenzen der möglichen Lohnhöhe selbst erkennen lernen.

Für den Staat aber bedeutet diese weitgehende Offenlegung der Betriebsergebnisse und die aus dieser Entwicklung sich ergebende Notwendigkeit einer starken Syndizierung der Betriebe die Möglichkeit, sich den Anteil am Betriebs-

gewinn zu sichern, den ich schon in früheren Veröffentlichungen als den einzigen Ersatz des versagenden Steuerhystems bezeichnet habe.

Es kommen also auch bei solcher Gestaltung die berechtigten Forderungen der Gemeinwirtschaft zum Durchbruch, ohne dadurch die Vorteile auszuschalten, die wir in der sogenannten Erfolgswirtschaft als die treibenden Kräfte unseres wirtschaftlichen Aufschwunges erkannt haben. Der Unternehmer wird in seiner Tatkraft und in seinem Wagemut nicht dadurch lahmgelegt, daß er den Gewinn mit den Arbeitern und dem Staate teilen muß. Man kann sogar hoffen, daß die Notwendigkeit einen starken Ansporn bilden wird, durch möglichste Steigerung und Verbilligung der Produktion die Gewinne zu erhöhen. Vor allem aber bietet sich so die Möglichkeit, den Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft, der heute unser ganzes Wirtschaftsleben lahmzulegen droht, abzuschwächen, wenn auch nicht ganz auszugleichen, und damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Zusammenarbeit wieder wachzurufen, das uns allein eine Gesundung der sozialen Verhältnisse verspricht.

Was ich hier dargelegt habe, sind Gedanken, deren Ausführung sich vielfach an den harten Tatsachen stoßen wird und die vielleicht nach manchen Richtungen anders geformt werden müssen, ehe sie sich in die Wirklichkeit umsetzen lassen. Aber es gilt in der gegenwärtigen Krisis weniger, einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan aufzustellen, als den Boden zu schaffen für gemeinsames Verhandeln, und vor allem die Geistesverfassung herbeizuführen in unserem Volk, daß wir uns nicht gegenseitig zerfleischen und aus der Not der anderen Vorteile erraffen dürfen, sondern daß wir das Leid, das über Deutschland hereingebrochen ist, gemeinsam tragen und alle Opfer bringen müssen.

Wenn uns das gelingt, wenn die Welt erkennt, daß das deutsche Volk sich wiedergefunden hat und bereit ist, die Lasten zu tragen, die das Verhängnis der letzten Jahre ihm aufgebürdet hat, dann schätze ich alle die äußeren Gefahren gering.

Dann wird Deutschland, durch Leid geläutert, auch wieder hilfsbereite Freunde in der jetzt uns so feindlichen Welt finden.



Bürokraten-Briefe*)

Von Unterstaatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhausen

II. Demokratische Gözendämmerung?

Sie nennen meine Verteidigung des Obrigkeitsstaates eine Leichenrede und sehen sich an die Rittertaten des sinnreichen Sunkers von La Mancha erinnert, wenn man mit Gründen gegen ein Prinzip ankämpft, dem wie jetzt eben der Demokratie das unfehlbare und jedenfalls inappellable Urteil der Geschichte die unbedingte Welt-herrschaft zugesprochen hat, wenn man eine Entscheidung anzufechten sucht, welche die

*) Nachstehende „Bürokraten-Briefe“ (siehe auch „Grenzboten“ Doppelheft 44/45) des bekannten Verfassers stammen aus dem Winter 1919/20.